



Abteilung Menschliche Sicherheit AMS

Schlussbericht zur Umsetzung
der Botschaft zur internationalen
Zusammenarbeit 2017–2020

Annex AMS



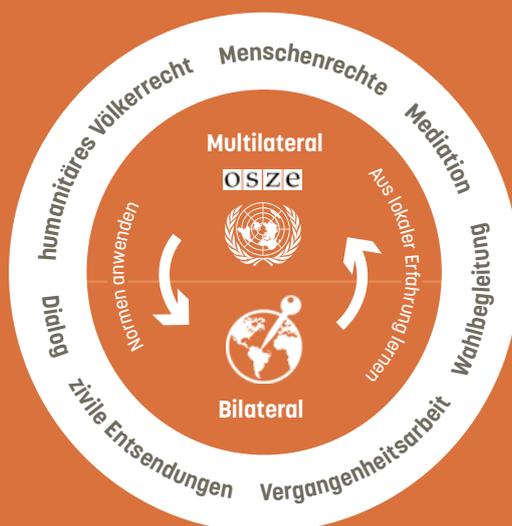
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Abteilung Menschliche Sicherheit



Die AMS setzt sich für Frieden, die Achtung der Menschenrechte und den Schutz des Individuums ein. Diese Konstellation, basierend auf dem Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte, ist zielführend und dient anderen Ländern als Vorbild.

Komplexe Herausforderungen



Ziel



Resultate 2016 – 2019 auf einen Blick:

- ▶ **17 Friedensprozesse vorbereitet und begleitet** (darunter Syrien, Kolumbien und Mosambik)
- ▶ **In 6 Ländern Waffenstillstandsverhandlungen begleitet** (darunter Myanmar und Kolumbien)
- ▶ **Mit 8 Ländern jährliche Menschenrechtsdialoge geführt** (beispielsweise mit China)
- ▶ **18 erfolgreiche diplomatische Initiativen lanciert** (beispielsweise der Appell vom 13. Juni, der eine engere Zusammenarbeit zwischen dem UNO-Menschenrechtsrat und dem UNO-Sicherheitsrat in der Konfliktprävention angestossen hat)

Entsendung von zivilen Expertinnen und Experten 2016–2019:

Rund 170 Expertinnen und Experten waren jedes Jahr in über 35 Ländern im Einsatz, davon 42 Prozent Frauen.

Zum Beispiel Nina Burri

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag untersucht und urteilt über Völkerrechtsverbrechen. Nina Burri arbeitet im Strafgerichtshof als Assistenz-Staatsanwältin zur Aufklärung dieser internationalen Verbrechen.

Zum Beispiel Olivier Rod

Die UNO-Friedensoperation in Mali unterstützt die Regierung bei der Umsetzung des Friedensabkommens. Olivier Rod, Schweizer Polizist, patrouilliert in der Region Mopti und bespricht die Situation mit der Bevölkerung. Die Präsenz der UNO vor Ort und die Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten erhöht die Sicherheit der Bevölkerung vor Rebellenübergriffen.

Zum Beispiel André Loersch

André Loersch ist an die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine entsandt. Seit Ausbruch des Konflikts hat die OSZE-Mission den Auftrag, über die Sicherheitslage zu berichten, innerukrainische Spannungen abzubauen und zur Einhaltung der Menschenrechte beizutragen.

Menschenrechte stärken, gewaltsame Konflikte verhindern



Die AMS fördert die Einhaltung der Menschenrechte als Mittel zur Konfliktprävention. Dabei spielen nichtstaatliche Akteure, seien es Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder transnationale Unternehmen, eine immer grössere Rolle. Sich für Menschenrechte einzusetzen ist nicht nur eine völkerrechtliche Pflicht, es liegt auch im Interesse der Schweiz. Wo Menschenrechte verletzt werden, kann es langfristig weder Frieden, Sicherheit noch Wohlstand geben.

Wirtschaft und Menschenrechte: Leitlinien zum Rohstoffhandel

«Konsumentinnen und Konsumenten verlangen immer öfter verantwortungsvolle Lieferketten. Deshalb haben Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen Leitlinien zur Verminderung von Menschenrechtsverletzungen erarbeitet», sagt Stéphane Graber, Generalsekretär des Branchenverbandes für den Rohstoffhandel. Mit Hilfe dieser Leitlinien können Unternehmen erkennen, wo beim Kauf und Verkauf, Transport, der Lagerung und Verarbeitung von Rohstoffen Menschenrechtsverletzungen drohen und entsprechende Massnahmen ergreifen. Grosse Rohstoffhändler wie Mercuria, aber auch KMU wie Ecom Agroindustrial können so Menschenrechtsverletzungen und damit einhergehende Reputationschäden vermeiden.

Jeder Dialog ist ein Menschenrechtsdialog

Die Schweiz führt mit ausgewählten Staaten einen Dialog über Menschenrechte. Der seit 1991 bilateral mit China geführte Menschenrechtsdialog hat eine Gesprächsbasis geschaffen, die es ermöglicht, auch kontroverse Themen anzusprechen. Dazu gehören Minderheitenrechte oder die Todesstrafe. Ein Expertenaustausch hat zu einzelnen Verbesserungen der Haftbedingungen in chinesischen Gefängnissen beigetragen. Neben den bilateralen Kontakten äussert sich die Schweiz regelmässig im UNO-Menschenrechtsrat zur Menschenrechtssituation in China. Sie drückt dort ihre Besorgnis über die Einschränkung der Religions-, Meinungsäusserungs- und Bewegungsfreiheit der ethnischen und religiösen Minderheiten aus. Damit die Schweizer Menschenrechtspolitik gegenüber China Wirkung hat, ist diese Kombination von multilateralem und bilateralem Engagement entscheidend. Menschenrechtsthemen müssen konsequent und kohärent auf allen politischen Ebenen angesprochen werden.

Teamwork für Menschenrechte im Sport

Grossanlässe wie Fussball-Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele verbinden Völker auf positive Weise. Die Schattenseite ist oftmals Kritik an den Arbeitsbedingungen der zumeist ausländischen Arbeitskräfte auf den Grossbaustellen der Gastgeber. Eine Initiative der AMS führte 2019 zur Gründung eines Zentrums für



Sport und Menschenrechte in Genf. In Katar resultierte das gemeinsame Engagement von Staaten, dem Privatsektor, der FIFA, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft in besseren Arbeitsbedingungen. Die mehr als

36 000 Wanderarbeiter, welche die Infrastruktur für die Weltmeisterschaft 2022 bauen, geniessen heute grösseren Schutz und höhere Mindestlöhne.

Externe Sicht

AMS stärkte Kinderrechte in Senegal

Die Einhaltung von Menschenrechten im Strafvollzug kann Radikalisierung entgegenwirken. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Kinder und Jugendliche.

► Hauptresultat der Evaluation (vgl. QR-Code):

Positive Wirkung auf Jugendjustiz dank gezielter Weiterbildung von Richterinnen, Sozialarbeiterinnen, Gefängnispersonal und Polizeibeamten in Bezug auf Kinderrechte.

► **Einziger Ansatz:** Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit innerhalb der Jugendjustiz.

► **Signifikante Resultate auf drei Ebenen:**

Die Expertise im Bereich Jugendjustiz in Senegal wurde gestärkt.

Der Schutz der Kinderrechte wurde durch die engere Zusammenarbeit verbessert.



Die Schweiz geniesst Anerkennung als relevanter Partner in der Förderung der Kinder- und Menschenrechte.

Herausforderungen

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Die Digitalisierung ermöglicht eine breite und schnelle Verbreitung von Informationen, die Nutzung künstlicher Intelligenz eröffnet neue Möglichkeiten. Aber auch Zensur, Belästigungen oder die Verbreitung von Hassreden sind eine Realität der digitalen Entwicklung. Die Risiken im Bereich der Gleichstellung, Nichtdiskriminierung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Meinungsäusserungsfreiheit sind beachtlich. Die AMS setzt sich deshalb zusammen mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte dafür ein, Lösungen zur verantwortungsbewussten Nutzung neuer Technologien zu entwickeln.

Frieden ermöglichen, Frieden erhalten



Die AMS bringt Konfliktparteien an einen Tisch, begleitet die Parteien und stellt Fachwissen zur Verfügung. Die Schweiz ist aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Expertise und ihres politischen Systems prädestiniert, Friedensförderung zu leisten.

Syrien

Der Syrienkonflikt hat seit dem Jahr 2011 über 500 000 Zivilisten das Leben gekostet. Zwölf Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die AMS arbeitet auf drei Ebenen für eine friedliche Lösung des Syrienkonfliktes: In direkter Zusammenarbeit mit dem UNO-Sondergesandten unterstützte sie den UNO-Friedensprozess in Genf, setzte sich für ein friedliches Zusammenleben vor Ort ein und förderte Bemühungen, Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Ein AMS-Experte unterstützte die UNO dabei, das Schicksal der rund 100 000–200 000 vermissten Personen aufzuklären. Ende des Jahres 2018 und Anfang 2019 fanden erste Gefangenaustausche statt.

«During my mandate, Switzerland and the Human Security Division have been a reliable key partner for my mission. Through our close-knit cooperation on civil society inclusion – to name just one example – we have enabled all segments of the Syrian society to have a voice when it comes to the future of Syria. This key work could not have been done by one of the regional or big powers involved in Syria. It requires the trust of Syrians and a sensibility for inclusion and public participation that Switzerland perfectly embodies.»

Staffan de Mistura, UNO-Sondergesandter für Syrien 2014–2018

Ukraine

Seit fünf Jahren findet in Europa abermals ein bewaffneter Konflikt statt. Eine baldige Lösung in der Ostukraine ist nicht in Sicht. Der durch die AMS sekundierte OSZE-Koordinator für die Arbeitsgruppe Humanitäres in der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk rang mit den Seiten um Fortschritte zu den drängendsten humanitären Herausforderungen in den konfliktbetroffenen Gebieten. So insistierte er auf einen besseren und sicheren Übergang für Zivilistinnen und Zivilisten über die Kontaktlinie zwischen den regierungskontrollierten und nicht-regierungskontrollierten Gebieten der Ostukraine. Es finden monatlich rund eine Million Überquerungen über die Kontaktlinie statt. Er trug Ende des Jahres 2017 massgeblich zur Freilassung und zum Austausch von mehr als 300 Gefangenen bei. 2017–2019 entsandte die AMS einen Berater an das ukrainische Ministerium für temporär besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge. Der Schweizer Experte zählte zu den engsten Beratern des Ministers. Er arbeitete direkt an Strategien und Programmen der Regierung und begleitete Projekte des Ministeriums zu Konfliktprävention und Friedensförderung.

Externe Sicht

Evaluation: 12 Jahre Vergangenheitsarbeit der AMS in Kolumbien (vgl. QR-Code)

Generell

- ▶ **Kosten-Nutzen:** Umfassende Arbeit in guter Qualität mit wenig Ressourcen.
- ▶ **Einziger Ansatz:** Kombination von Fachexpertise und Diplomatie.
- ▶ **Nachhaltigkeit:** Die Arbeit der AMS, beispielsweise mit der Armee, hat zur Verankerung der Vergangenheitsarbeit in Kolumbien beigetragen.
- ▶ **Empfehlung:** Ein Ausstieg der AMS wäre ein Risiko. Die Übergangsgerechtigkeit braucht die internationale Begleitung von Ländern wie der Schweiz.

Signifikante Resultate auf vier Ebenen

- ▶ Die Vergangenheitsarbeit ist in der kolumbianischen Bevölkerung verankert.
- ▶ Ein nationales Zentrum gegen das Vergessen ist institutionalisiert.
- ▶ Die Armee hat das Thema verinnerlicht.
- ▶ Die Vergangenheitsarbeit findet Aufnahme im Friedensabkommen.



Mosambik

Seit dem Beginn der Unabhängigkeit Mosambiks im Jahr 1975 leidet das Land unter einem immer wieder aufflammenden Bürgerkrieg. Im August 2019 unterzeichneten die Regierung und die bewaffnete Opposition RENAMO ein umfassendes Friedensabkommen. Die Schweiz hat die Verhandlungen im Vorfeld begleitet. Die AMS hat ihre Mediationsexperten nach Mosambik entsandt und die Konfliktparteien bei der Suche nach Lösungen im Bereich der Dezentralisierung und Demilitarisierung beraten. Die Unterzeichnung des Friedensabkommens ist aber erst der Anfang auf dem Weg zu nachhaltigem Frieden. Die Schweiz wird Mosambik weiterhin unterstützen, insbesondere im Bereich der Demilitarisierung und Reintegration der Kämpfer.

Gewaltprävention bei Wahlen: Simbabwe und Nigeria

Wahlen können sowohl einen friedlichen Übergangsprozess als auch Gewalt auslösen. Auf Anfrage nationaler Akteure unterstützte die AMS in Simbabwe im Jahr 2018 Verhandlungen, welche zur Verabschiedung eines Verhaltenskodexes zwischen den politischen Parteien führten. Der Wahlkampf 2018 gilt als der freieste und friedlichste in der Geschichte des Landes. In Nigeria arbeitete die AMS 2019 mit einem Kollektiv aus Staatsmännern, traditionellen Führern, Nigerianerinnen und Nigerianern. Das in diesem Kreis unterzeichnete *Abuja Peace Agreement* trug im Februar 2019 zur Gewaltreduktion bei den Präsidentschaftswahlen bei.

Herausforderungen

Die Komplexität nimmt zu

Bewaffnete Konflikte dauern länger, involvieren neue und eine wachsende Anzahl von Parteien. Die Lösungsfindung wird dadurch komplexer. Die AMS kann dank Spezialistinnen und Spezialisten vor Ort und ihrer Dialogbereitschaft mit allen Kriegsparteien rasch auf Veränderungen reagieren. Nachhaltiger Frieden bedeutet jedoch weit mehr als ein Stopp der Kriegshandlungen – aus diesem Grund muss die AMS zunehmend bereit sein, Friedensprozesse langfristig zu begleiten.

Menschen vor bewaffneter Gewalt schützen



Die Zivilbevölkerung – Frauen, Männer und Kinder – macht heute bis 80 Prozent der Opfer von bewaffneten Konflikten aus. Die AMS setzt sich mit diplomatischen Mitteln für ihren Schutz ein. Konkrete Massnahmen für den Respekt des humanitären Völkerrechts, für den Schutz der Menschen vor bewaffneter Gewalt und für humanitäre Anliegen in der Abrüstung wirken präventiv.



Der lange Weg zurück ins Leben – die Geschichte einer Kindersoldatin

2017 beendete Winnie in Uganda das Studium der Volkswirtschaft. Ein ungewöhnlicher Erfolg für eine ehemalige Kindersoldatin. Als sie 15 Jahre alt war, wurde sie mitten in der Nacht zusammen mit 180 anderen Mädchen von der Lord's Resistance Army (LRA), einer Rebellenorganisation, entführt. Ein Jahr lang erlebte sie Unaussprechliches. Erst ihr zweiter Fluchtversuch gelang. Sie kämpfte sich tagelang durch den Busch, bevor sie auf Dörfer stiess. Die Bewohner brachten sie zu einem Rehabilitationszentrum, und durch ein Radioprogramm fand sie ihre Familie wieder. Dank der Unterstützung der AMS liegt ihre Geschichte nun dem Internationalen Strafgerichtshof vor. Im Rahmen des Gerichtsverfahrens gegen Dominic Ongwen, einen ehemaligen Kommandanten der LRA, wurde sie befragt. Ongwen steht in Den Haag für Kriegsverbrechen unter Anklage. Das Schicksal von Winnie und hunderte andere Geschichten von Kindersoldaten sind wichtige Hintergrundinformationen für die Prozesse.

Schutz für medizinisches Personal

Die medizinische Versorgung von Verletzten und Kranken, auch des militärischen Gegners, ist ein Grundpfeiler des humanitären Völkerrechts. Gewisse Massnahmen der Terrorismusbekämpfung, so wichtig sie sind, kriminalisieren medizinische Hilfe als Unterstützung von Terrorismus. Ein Beispiel: Anna, Ärztin im nordirakischen Mossul, wird nach der Rückeroberung der Stadt angeklagt, weil sie während der Besetzung durch den IS medizinische Hilfe geleistet hatte. Die AMS setzte sich dafür ein, dass dieser Zwiespalt faktenbasiert diskutiert und Lösungen mit Staaten, aber auch zwischen humanitären Organisationen und Akteuren der Terrorismusbekämpfung entwickelt wurden.

Sicherer Umgang mit Munition: Die UNO folgt den Bemühungen der Schweiz

Staatliche Munitionsreserven, welche in die Hände von bewaffneten Gruppen fallen, können ganze Regionen destabilisieren. 2015 startete die AMS eine Initiative mit dem Ziel, Explosionen in Munitionslagern zu verhindern und zu vermeiden, dass Munition in falsche Hände gelangt. 2017 verabschiedete die UNO eine Resolution dazu. Parallel unterstützte die AMS die Schaffung einer in Genf ansässigen internationalen Beratungsplattform. Die Plattform entsendet Experten und beteiligt sich an der Entwicklung nationaler Strategien für sichere Munitionsverwaltung. Durch ihr Engagement zum sicheren Umgang mit Munition unterstützt die Schweiz als führendes Land die Agenda des UNO-Generalsekretärs.

Herausforderungen

Minen in Städten und dichtbesiedelten Gebieten

Trotz der grossen Erfolge, die in der humanitären Minenräumung in den letzten Jahrzehnten erzielt wurden, steht der Bereich heute vor komplexen Herausforderungen. Grosse Sorge bereitet die seit 2014 erneut ansteigende Opferzahl (2014: 3993 Personen; 2016: 9437), wobei Zivilisten am meisten betroffen sind. Grund dafür ist der Einsatz von Personenminen durch bewaffnete Gruppen, vermehrt auch im städtischen Raum. Umso wichtiger ist es, dass diese Gruppen das Verbot der Personenminen kennen und einhalten.

Migration und Flucht besser steuern



Ungeregelte Migrations- und Fluchtbewegungen gefährden die Stabilität von Ländern und ganzen Regionen und zugleich die Sicherheit von Migrantinnen und Migranten. In einem regellosen Raum werden sie Opfer von Menschenhandel, sterben an Grenzzäunen, in Internierungslagern oder beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Gleichzeitig profitiert das organisierte Verbrechen und destabilisiert staatliche Strukturen.

70,7 Millionen Zwangsvertriebene weltweit



41,3 Millionen
Vertriebene im eigenen Land

25,9 Millionen
Flüchtlinge

3,5 Millionen
Asylsuchende

Nachhaltige Lösungen für Vertriebene

Die mit Abstand grösste Gruppe von Menschen, die weltweit zur Flucht gezwungen werden, sind Vertriebene im eigenen Land. Abhängig von der jeweiligen Situation können sie später zu Flüchtlingen oder Migranten werden. Oftmals gehören sie zu den verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, erhalten aber wenig Aufmerksamkeit, nicht zuletzt aus Souveränitätsüberlegungen der betroffenen Staaten. Die AMS hat dazu beigetragen, dass Vertriebene im eigenen Land in den politischen und operationellen Fokus der UNO gerückt sind und dass eine hochrangige Arbeitsgruppe dazu etabliert wurde. Denn die Verbesserung der Lebensbedingungen für Millionen von Vertriebenen macht nachhaltige Entwicklung in den betroffenen Ländern erst möglich.

Vermisste finden

Die registrierten Fälle von Vermissten haben sich zwischen 2016 und 2018 verdoppelt. Die Herausforderungen, Vermisste zu finden und ihre Nächsten zu informieren, wachsen

mit zunehmenden Migrationsbewegungen. Denn viele sind verschwunden, ohne Spuren zu hinterlassen, wurden Opfer von Menschenhandel, Versklavung und anderen Verbrechen oder ertranken im Mittelmeer. Die Ungewissheit ist für Angehörige eine grosse Belastung und kann existenzbedrohende Folgen haben. Die AMS unterstützt Staaten in der Mittelmeerregion dabei, ihren Verpflichtungen unter internationalem Recht nachzukommen. Dies ist ein Engagement im Sinn des umfassenden und partnerschaftlichen Ansatzes der Migrationsaussenpolitik der Schweiz. Gleichzeitig arbeitet die AMS mit dem IKRK daran, allgemeingültige Standards (z. B. in Bezug auf Suche oder Forensik) für alle Vermissten zu etablieren.

Menschenhandel verhindern

Gemäss Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) waren 2019 weltweit rund 40,3 Millionen Menschen Opfer moderner Sklaverei. Mit den Milliardenlösen werden bewaffnete Konflikte wie jener in

Libyen befeuert und gewalttätiger Extremismus finanziert. Die AMS engagiert sich für die Prävention des Menschenhandels. In Nigeria geschieht dies in Zusammenarbeit mit traditionellen sowie religiösen Autoritätspersonen, die ihre Gemeinschaften für die Gefahren des Menschenhandels sensibilisieren; in Mali durch den Aufbau von Kapazitäten in der UNO-Mission für die Identifikation von Fällen von Menschenhandel. In multilateralen Organisationen unterstützt die AMS die Weiterentwicklung der politischen und rechtlichen Grundlagen für die effektive Bekämpfung des Menschenhandels.

Herausforderungen

Gemischte Migrationsbewegungen

Millionen von Menschen migrieren innerhalb und zwischen Ländern und Regionen auf der Flucht vor Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Naturkatastrophen oder auf der Suche nach wirtschaftlichen Perspektiven. Diese Bewegungen sind zunehmend komplex: Menschen mit unterschiedlichsten Migrations- bzw. Fluchtmotiven nutzen dieselben Migrationsrouten und sind denselben Gefahren ausgesetzt. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen Flüchtlingen, irregulären und regulären Migrantinnen und Migranten ist deshalb zusehends schwieriger einzuhalten. Wirksame Migrationspolitik muss dieser Herausforderung Rechnung tragen, indem sie den Fokus auf die Bearbeitung der Migrationsursachen vor Ort und auf den Schutz der Rechte dieser Menschen legt, unabhängig von ihrem Status.



Lehren und Ausblick

Die Bedeutung des Engagements für Frieden und Sicherheit hat in den letzten Jahren zugenommen und wird weiter steigen. Die Herausforderungen sind vielfältig, und der Druck für schnelle Lösungsfindungen bei Konflikten nimmt zu. Die nachhaltige Konfliktlösung mit der Transformation von Gesellschaften hin zu friedlichem Zusammenleben wird vernachlässigt. Internationalisierte Stellvertreterkriege treten wieder gehäuft auf. Konflikte dauern länger und werden komplexer. Gewaltsame innerstaatliche Konflikte mehren sich und werden zum Leid der Zivilbevölkerung vermehrt in die Städte getragen. Die Zahl der Vertriebenen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen, Armut, Naturkatastrophen und Klimawandel dürfte kaum abnehmen. Internationales Recht, Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht werden allzu oft verletzt.

Im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und Prosperität ist die Schweiz auch weiterhin auf eine funktionierende internationale Ordnung und auf ein friedliches Zusammenleben angewiesen. Die AMS kann Antworten auf globale Herausforderungen mitgestalten und einen Beitrag an Frieden, Stabilität und Wohlstand leisten. Sie nimmt im Bereich Frieden und Sicherheit international eine Vorreiterrolle ein. Andere Staaten investieren verstärkt in ähnliche Aktivitäten, was die AMS in ihrer Arbeit bestätigt.

Die Erfahrungen der AMS über die vergangenen vier Jahre zeigen:

- ▶ Erfolgreiche Friedenspolitik ist auf die Akzeptanz aller Konfliktparteien angewiesen. Der Zugang der AMS ist oft das Resultat jahrelanger Vertrauensbildung.
- ▶ Konflikte und Krisen bleiben schwer vorhersehbar. Die AMS muss ihre Agilität wahren, um auf Herausforderungen und Chancen rasch reagieren zu können. Gleichzeitig muss sie bereit sein, im Interesse eines nachhaltigen Friedens, bei Bedarf Friedensprozesse langfristig zu begleiten.
- ▶ Wirkungsvolle Friedensförderung setzt auch auf lokaler Ebene an. Die AMS ist für diese *bottom-up* Arbeit prädestiniert.
- ▶ Die fachliche Expertise der AMS, beispielsweise im Bereich Waffenstillstandsverhandlungen, Prävention von gewalttätigem Extremismus oder Vergangenheitsarbeit hat sich bewährt und muss beibehalten respektive den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden.
- ▶ Die Achtung der Menschenrechte dient der Konfliktprävention und ist ein Frühwarnindikator für das Konfliktpotential innerhalb einer Gesellschaft.
- ▶ Durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor kann die AMS ihre Wirkung im Bereich Menschenrechte stärken.
- ▶ Die Expertise der AMS zur Etablierung eines Verhaltenskodexes im Vorfeld von Wahlen ist rasch einsetzbar und hat Wirkung gezeigt; das Instrument soll ausgebaut werden.
- ▶ Die Anzahl ziviler Opfer in bewaffneten Konflikten nimmt erneut zu. Die AMS wird ihre Bemühungen zum Schutz der Zivilbevölkerung weiterführen. Sie wird dafür auch die Chancen neuer Technologien nutzen und Wege suchen, um alle Konfliktparteien von der Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu überzeugen.

Impressum

Herausgeber:
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Staatsekretariat STS/EDA
Politische Direktion PD
Abteilung Menschliche Sicherheit AMS
Bundesgasse 32
3003 Bern
Telefon +41 58 462 30 50
www.eda.admin.ch/ams
pd-ams-stab@eda.admin.ch

Redaktion:
Stab AMS

Grafik:
Atelier Bläuer, Bern
www.atelierblaeuer.ch

Bildnachweis:
Titelseite: Afshin Ismaeli (Syrien)
Seite 3: Dame Yinka (Nigeria)
Seite 5: Simon, Townsley/Rex/Shutterstock (Uganda)
Seite 6: UNHCR (Grafik)
Seite 6: International Commission on Missing Migrants – ICMP (Irak)

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.

Der Bericht kann online auf www.eda.admin.ch/ams unter Dokumenten bezogen werden.

Bern, 2020